

SPD sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/35

21. Februar 1972

"Materialien 1972"

Ein Beitrag zum umfassenden Vergleich der Rechtsordnungen in beiden deutschen Staaten.

Von Egon Franke MdB
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Seite 1 und 2 / 73 Zeilen

Vertriebenenverbände - Hilfstruppe der CDU/CSU?

Von Unparteilichkeit ist nichts mehr zu spüren

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB
Stellv. Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 49 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Uneingeschränktes Ja zu den Ostverträgen

Seite 5 und 6 / 62 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 686 846 / 686 847
686 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

"Materialien 1972"

Ein Beitrag zum umfassenden Vergleich der Rechtsordnungen
in beiden deutschen Staaten

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Am vergangenen Freitag legte die Bundesregierung die Materialien zum "Bericht zur Lage der Nation" vor, den der Bundeskanzler in dieser Woche vor dem Deutschen Bundestag abgeben wird.

Im Januar 1970 stellte die Bundesregierung in den ersten Materialien zum Bericht zur Lage der Nation fest, daß für die wissenschaftlich systematische Beobachtung der Entwicklung im anderen Teil Deutschlands, noch mehr aber für fundierte Vergleiche, ein Nachholbedarf herrsche. Sie beauftragte daher, um dem politischen Urteil und Handeln bessere Grundlagen zu geben, eine Gruppe unabhängiger Wissenschaftler, einen Vergleich wichtiger Lebensbereiche in den beiden Teilen Deutschlands auszuarbeiten.

Das Ergebnis fand unter dem Namen "Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971" weitreichendes Interesse und große Anerkennung. Der Vergleich erstreckte sich auf Wirtschaft, Sozialstruktur und soziale Sicherung, auf die Situation der Jugend sowie auf Bildung und Ausbildung. Vorangestellt war ein Kapitel über die Stellung der beiden deutschen Staaten in der Welt und ihr Verhältnis zueinander.

Die neuen Materialien stellen einen weiteren Schritt auf diesem Wege dar. Sie erstrecken sich auf fast alle wichtigen Gebiete der Rechtsordnungen: auf die Verfassung und das Staatsrecht, auf das Zivil-, Wirtschafts- und Arbeitsrecht, auf Strafrecht und Rechtspflege sowie auf die Bedeutung elektronischer Datenverarbeitung und Kybernetik. Sie beschreiben wichtige Teile und Aspekte dieser Rechtsgebiete in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR. Wo die Quellenlage es erlaubt, werden Vergleiche vorgenommen. Sonst werden durch eine Gegenüberstellung der jeweils korrespondierenden Regelungen und Normen die Voraussetzungen für einen Vergleich geschaffen.

Wie schon 1971 wurden auch die Materialien 1972 von namhaften Wissenschaftlern - diesmal überwiegend Juristen - unter der

Leitung von Professor Dr. Peter C. Ludz erarbeitet.

Alle Mitglieder der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe haben versucht, systemtypische Merkmale der Rechtsordnungen der beiden deutschen Staaten so objektiv wie möglich zu erfassen. Dies steht nicht im Widerspruch zu jenem Vorverständnis, das Darstellung und Interpretation des Rechts als eng miteinander zusammenhängend auffaßt. Insofern ist eine strikte Trennung von Wertung bei der Darstellung und Interpretation des positiven Rechts nicht möglich. Dies liegt am Charakter des Rechts selbst, dessen Normen wertbezogen sind und nicht unabhängig von der Interpretation dargestellt werden können.

Die in den "Materialien 1972" versuchte Gegenüberstellung der geltenden Rechtsordnungen auf der Ebene der Normensysteme soll dem Leser eine Grundlage bieten, mit deren Hilfe er auch die erheblich differierenden Rechtswirklichkeiten in beiden Systemen besser verstehen kann. Weiterhin wird das Recht in der DDR in seiner spezifischen Verbindung mit Ideologie und Politik erst deutlich, wenn es der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland gegenübergestellt wird. Die exemplarische Veranschaulichung der Grundlagen der Rechtsordnungen in beiden deutschen Staaten weist darüber hinaus auf die politische Aufgabe dieser "Materialien" hin.

Ein wesentliches Ziel der "Materialien 1972" ist es, die häufig gleich- oder ähnlichlautenden Begriffe der Rechtsordnungen in beiden deutschen Staaten durch Darstellung und Interpretation in ihrem jeweiligen Sinn und Sinnzusammenhang zu erfassen. Es sollte herausgearbeitet werden, daß gleichlautende Begriffe nicht immer gleiches bedeuten. Andererseits soll verdeutlicht werden, daß die beiden auf gleicher historischer Herkunft und gleicher Sprache beruhenden Rechtssysteme gegenwärtig noch immer bestimmte Gemeinsamkeiten aufweisen.

Vollständigkeit wurde nicht erstrebt. Ein Wörter- oder Lehrbuch des Rechts oder einzelner Rechtsgebiete konnte und sollte nicht erarbeitet werden. Deshalb fehlen auch weitgehend jene inhaltlichen Reflexionen und Problematisierungen einzelner Fragestellungen und Tatbestände, wie sie üblicherweise Lehrbüchern oder anderen wissenschaftlichen Abhandlungen eigen sind.

Alles in allem: eine nüchterne Arbeit, die mit den vielen Fakten, die sie bietet, dem engagierten Demokraten in unserem Lande Unterlage für das eigene Urteil und Rüstzeug zum Engagement für den demokratischen und sozialen Rechtsstaat sein kann.

(-/ja/21.2.1972/ks)

+ + +

Vertriebenenverbände - Hilfstruppe der CDU/CSU?

Von Unparteilichkeit ist nichts mehr zu spüren

Von Dr. Heinz Kreutzmann MdB

Stellv. Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Ja näher die Ratifizierungsdebatte um die Ostverträge heranrückt, um so deutlicher zeichnet sich eine Einheitsfront zwischen der Opposition und den Vertriebenenverbänden ab. Sie findet nicht nur in gemeinsamen Willenserklärungen zwischen BdV, Landsmannschaften und Parteigremien der CDU/CSU ihren Niederschlag. Sie ist oft auch gekennzeichnet durch heftige Ausfälle gegen die Bundesregierung wie in jenen Ausführungen Dr. Bechers vor der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, in denen er der Bundesregierung vorwarf, nicht deutsche Ostpolitik, sondern "sowjetische Westpolitik zu betreiben". Sie findet auch zum gleichen Zeitpunkt in der Erklärung totaler Übereinstimmung ihren Niederschlag, in dem die CDU/CSU beispielsweise einen Antrag der schleswig-holsteinischen Landesregierung unterstützt, die gesamte Landwirtschaft der Bundesrepublik von ihren Lastenausgleichsverpflichtungen freizustellen.

Geradezu grotesk aber wirken jene Aussagen, wenn beispielsweise in einem Gespräch zwischen der Spitze des BdV, dem Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen und Franz Josef Strauß festgestellt wird, man habe die Befürchtung, "daß nach einem Inkrafttreten der Verträge die Meinungsfreiheit nicht nur der Vertriebenenverbände, sondern auch anderer Organisationen, die für eine freiheitliche Rechts- und Gesellschaftsordnung eintreten, in Frage gestellt werde". Die Masse der Vertriebenen wird wohl einzuschätzen wissen, was davon zu halten ist. Daß ausgerechnet Strauß und die CSU sich als Wahrer der Meinungs- und Koalitions-

freiheit aufführen und dabei auch noch von den Veränden eine Plattform geboten erhalten, wirkt schon beinahe makaber.

Die späte Liebe der CSU für die Heimatvertriebenen wird überall dort in Bayern besonders zwiespältige Gefühle auslösen, wo man unmittelbar nach dem Krieg erste Erfahrungen mit der Schicksalsverbundenheit von CSU-Politikern machen konnte. Mit dem Schlagwort, die Bayern müßten unter Umständen die letzten Preußen sein, kann man zwar politisch Urteilslose vernebeln, aber es gibt auch in Bayern noch Heimatvertriebene genug, die sich daran erinnern können, wo die Kräfte zu suchen waren, die sich damals aus der deutschen Konkursmasse davonzustehlen versuchten, heute aber so tun, als seien sie die Letzten, die die Einheit der Nation noch zu retten versuchten.

BdV und Landsmannschaften sind schlecht beraten, wenn sie dieses Spiel nicht nur mitmachen, sondern sogar noch fördern. Gerade weil sie auch nach der Ratifizierung der Verträge in diesem Land, mit dieser Regierung weiter leben und nolens volens auch kooperieren müssen, sollten sie sich nicht zu so einseitigen parteipolitischen Hilfsdiensten hergeben. Anscheinend haben sie übrigens weit größeres Vertrauen in die Toleranz und demokratische Grundhaltung dieser Regierung als sie vorgeben. Andernfalls wäre ihre Haltung nicht zu verstehen. Wie dem auch immer sei, den Menschen, deren Vertrauen sie da und dort noch besitzen, erweisen sie einen schlechten Dienst, indem sie es so mißbrauchen!

(-/jc/21.2.1972/ks)

+ + +

Die aktuelle SPD-Pressedienstdokumentation

Uneingeschränktes Ja zu den Ostverträgen

Die Vollversammlung des Zentralverbandes der Mittel- und Ostdeutschen und der Vorstand des Zentralverbandes politischer Flüchtlinge und Ostgeschädigter e.V., Sitz Berlin, haben einstimmig durch an alle Ministerpräsidenten der Bundesländer gerichtetes Schreiben gebilligt, in dem die Ministerpräsidenten aufgefordert werden, ihre Zustimmung zu den Ostverträgen zu geben.

Das Ratifizierungsverfahren der Ostverträge, der Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit der UdSSR und der Vertrag der Bundesrepublik Deutschland mit der Volksrepublik Polen ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Auch Ihrer Haltung, Herr Präsident, und der der von Ihnen geführten Landesregierung kommt große Bedeutung zu.

Der Zentralverband der Mittel- und Ostdeutschen erlaubt sich aus diesem Anlaß, an Ihre staatsmännische Weitsicht zu appellieren und die Verträge nicht durch Ihre Gegenstimme zu blockieren.

Bitte, messen Sie unserer Meinung insofern besondere Bedeutung bei, weil unsere Mitglieder Bürger sind, die in der einen oder anderen Weise von dem totalen Zusammenbruch des Deutschen Reiches und der sich anschließenden Nachkriegsentwicklung unmittelbar betroffen wurden: als Vertriebene, politisch Verfolgte, Flüchtlinge und Spätaussiedler.

Diesem Personenkreis Sympathien für eine kommunistische Expansion zu unterstellen oder leichtfertiges Aufgeben persönlicher oder nationaler Werte ist abwegig. Dennoch halten unsere Mitglieder die Ostpolitik der Bundesregierung für gut und die Verträge für notwendig und akzeptabel. Der Zentralverband der Mittel- und Ostdeutschen folgt mit dieser Parteinahme für die Verträge der politischen Vernunft und dem Wunsche nach höchstmöglicher Sicherung des Friedens in Europa.

- Die Vernunft der BRD mit Moskau und Warschau geben nichts preis, was in der dagewesenen Weise nicht unwiederbringlich dahin ist,
- Sie sind kein Ersatz für einen Friedensvertrag und behalten juristisch keine Abtretung eigenen territorialen

Bestandes.

- Sie verstoßen nicht gegen das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und machen einen Zusammenschluß der beiden Staaten in Deutschland in Zukunft nicht unmöglich.
- Sie haben nicht die grundsätzliche Verantwortung der vier Hauptmächte der Antihitlerkoalition für die Zukunft in Deutschland auf. Der Vertrag mit Moskau stellt sogar eine Bestätigung dieser Verantwortung auch von sowjetischer Seite dar.

Die Ostpolitik der Bundesregierung, die in den vorliegenden Verträgen ihren greifbarsten Ausdruck findet, ist eine Politik der Investitionen, ein Versuch der Überwindung jahrhundertlangen Unrechtsabtausches mit den östlichen Nachbarvölkern Deutschlands.

Sie dient auch zur Dämpfung militärischer Expansionsgelüste der kommunistischen Weltverbesserer.

Sie stabilisiert den Frieden und schafft Voraussetzungen auch für mehr Freiheit der Menschen in den kommunistisch regierten Ländern einschließlich der DDR.

Sie ist einer der Grundsteine für ein eigenes Europa, das über die Linie an Elbe und Weser hinausgehen und auch die Deutschen territorial und politisch wieder zusammenführen wird.

Die Verträge zu Fall zu bringen

- hieße eine gute und erfolgversprechende Entwicklung aufhalten,
- hieße alte Ressentiments bei den benachbarten Völkern wachrufen,
- hieße Gefahr einer neuen Runde von Kaltem Krieg und Wett-rüsten,
- hieße Isolierung von den verbündeten Staaten des Westens und verstärkte Unglaubwürdigkeit.

Eine gangbare Alternative zur eingeschlagenen Politik der gegenwärtigen Bundesregierung gibt es nicht.

Tragen Sie, Herr Präsident, dazu bei, daß diese Politik, die im Interesse der Zukunft des gesamten deutschen Volkes und des Friedens in Europa liegt, ihre Kontinuität behält.

Sagen Sie 'ja' zu den Verträgen bei der Meinungsbildung innerhalb ihrer Partei und verweigern Sie ihnen nicht Ihre Zustimmung im Plenum des Deutschen Bundesrates!" (-/21.2.1972/bgy)